

Bezugspreis
für Halle monatlich bei zweimonatlicher
Zufstellung 1.40 Mark, vierteljährlich
4.20 Mark, durch die Post 4.65 Mark
ausgeschlossen, Zustellungsgebühren, Be-
stellungen werden von allen Reichs-
postanstalten angenommen. Im
entsprechenden Zeitungsverzeichnis unter
Coale-Zeitung eingetragen. Für un-
verlangt eingegangene Manuskripte
wird keine Gewähr übernommen.
Nachdruck nur mit der Quellen-
angabe „Coale-Zeitung“ gestattet,
sonst der Schriftleitung Nr. 1140,
der Anzeigen-Abteilung Nr. 1142,
der Bezugs-Abteilung Nr. 1133,
Postfach-Konto Leipzig Nr. 4609.

Morgen-Ausgabe.

Coale-Zeitung

Zweiundfünfzigster Jahrgang.

Angaben
werden die 7 geposteten Kolonietexte
oder deren Raum mit 30 Dfg. berech-
net und in unseren Annoncenstellen
und allen Anzeigenstellen ange-
nommen. Reklamen die Seite 1 bis
Schluss der Anzeigen-Annahme
vorm. 11 Uhr, für die Contingens-
nummer abends 6 Uhr. Abstellun-
gen von Anzeigenmanuskripten, soweit
solche zulässig sind, müssen schriftlich
erfolgen. Erfüllungsort: Halle a. M.,
Erfüllungsstelle: Halle, Gr. Brauhausstraße 17,
Lilien-Gehege: Markt 23
und Gr. Weichstraße 22.

Nr. 73.

Halle, Mittwoch, den 13. Februar

1918.

Friedensgeneigtheit in Rom?

Italien verlangt Nachprüfung der Entente-Kriegsziele.

Kein Vertrauen mehr auf großzügige Hilfe von Seiten Englands und Frankreichs.

Basel, 12. Februar. (Eigene Drahtmeldung.) Nach Meldungen aus Rom ist die italienische Regierung daran, die übrigen Ententemächte um eine neue Besprechung der Kriegsziele zu ersuchen, um die angegebenen Bedingungen der einzelnen Entente-Staaten noch einmal genau durchzuprüfen und einen baldmöglichen ehrenvollen Frieden anzustreben. Die italienische Regierung will bei dieser Gelegenheit England und Frankreich deutlich ihre dahingehende Meinung zum Ausdruck bringen, daß Italien doch niemals mehr auf eine großzügige, ausreichende Hilfe von ihrer Seite zu rechnen habe.

Friedenszuversicht hinsichtlich Rumäniens.

Budapest, 12. Februar. (Eigene Drahtmeldung.) Man nimmt in hiesigen politischen und militärischen Kreisen als sicher an, daß der Frieden mit Rumänien bevorsteht.

Trozkis falsches Spiel.

Stockholm, 12. Februar. (Eigene Drahtmeldung.) Nach Meldungen aus Petersburg hat der Rat der Volkskommissare sofort nach dem Bekanntwerden des deutsch-österreichischen Friedensschlusses Trozki nach West-Sibirien die Weisung telegraphiert, auch namens der russischen Regierung unverzüglich den Friedenszustand, gleichviel, welcher Art, zu erklären.

Berlin, 12. Februar. (Eigene Drahtmeldung.) Wie in hiesigen politischen Kreisen über die Friedensklärung Bulgariens bekannt wird, stellt Trozki sofort nach dem Eintreffen des Petersburger Telegrammes an die Zentralmächte die Forderung, namentlich unverzüglich den Frieden zu schließen. Die Verhandlungen wurden gleich aufgenommen. Die Zentralmächte verhandelten nach dem Grundsatze ohne Annexionen und ohne Entschädigungen, forderten aber den Verzicht Trozkis auf seinen unhaltbaren Standpunkt betreffend Polen, Litauen, Estland und Kurland. Da Trozki es vorzog, einen Friedensvertrag nicht zu unterzeichnen, gaben sich die Delegierten der Zentralmächte mit der endgültigen Erklärung Trozkis, ohne formellen Friedensschluß die Waffen zu stecken, einwilligen zufrieden. Die Folge dieses Uebereinkommens ist die, daß die erwähnten kritischen Gebiete namentlich bis zum endgültigen Friedensschluß und bis zur Volksabstimmung in diesen Provinzen von den Truppen der Zentralmächte besetzt werden.

Nachstimmung gegen die Entente in Griechenland.

Lugano, 12. Februar. (Eigene Drahtmeldung.) Nach Meldungen aus Athen hat der Befehlshaber der griechischen Armee sowohl in der Bevölkerung, wie in der griechischen Armee geführt. Mit Enttäuschung wurden die Truppen der Alliierten aus Saloniki bei ihrer Ankunft in einer Erklärung von meiner Regierung vorgelegt, die die entscheidende Zustimmung meiner Kaiser im ganzen Reiches fand und die eine gerechte Grundlage für die Beilegung des gegenwärtigen Kampfes um die Rettung der nationalen Rechte und die Zukunft des internationalen Friedens sah. Die deutsche Regierung ignorierte jedoch unsere gerechte Forderung nach Wiederherstellung der besagten Verhältnisse und noch Garantien gegen ihre unvorbelebte Wiederholung. Was zur Anerkennung der einzigen Grundlage, auf der ein gerechter, ehrenvoller Friede geschlossen werden kann, ist es unsere Pflicht, den Krieg mit aller Kraft, über die wir verfügen, fortzusetzen. Ich habe die Vertreter meiner Dominions und meines indischen Kaiserreichs zu einer weiteren Session des britischen Kriegsrates eingeladen, um wiederum ihre Ratschläge in den nächsten, die

Thronrede des englischen Königs bei Eröffnung der Parlaments-Session.

Der Krieg im kritischen Stadium.

WTF. London, 12. Februar. (Heutermeldung.) Die Parlaments-Session wurde heute von dem König und der Königin eröffnet. In der Thronrede heißt es: Die Ziele, worfür ich und meine Verbündeten kämpfen, wurden kürzlich in einer Erklärung von meiner Regierung vorgelegt, die die entscheidende Zustimmung meiner Kaiser im ganzen Reiches fand und die eine gerechte Grundlage für die Beilegung des gegenwärtigen Kampfes um die Rettung der nationalen Rechte und die Zukunft des internationalen Friedens sah. Die deutsche Regierung ignorierte jedoch unsere gerechte Forderung nach Wiederherstellung der besagten Verhältnisse und noch Garantien gegen ihre unvorbelebte Wiederholung. Was zur Anerkennung der einzigen Grundlage, auf der ein gerechter, ehrenvoller Friede geschlossen werden kann, ist es unsere Pflicht, den Krieg mit aller Kraft, über die wir verfügen, fortzusetzen. Ich habe die Vertreter meiner Dominions und meines indischen Kaiserreichs zu einer weiteren Session des britischen Kriegsrates eingeladen, um wiederum ihre Ratschläge in den nächsten, die

meinen Interessen des Reiches beruhigende Fragen zu erhalten. Der Kampf, in dem wir verwickelt sind, hat ein kritisches Stadium erreicht, das mehr als je unsere Energie und Hülfsleistung beansprucht. Ich empfehle Ihrem Patriotismus vertrauensvoll die Maßregeln, die Ihnen vorgelegt werden, an.

Die Unzufriedenheit englischer Arbeiter.

Bern, 11. Februar. (Beiaotelegramm.) In den neueren Versuchen der englischen Regierung, zu einer Verständigung mit der Arbeiterschaft über das Betretensverbot zu gelangen, schreibt „The Worker“: „Der Regen ist ein Zeichen der Unzufriedenheit mit einer latenten Unruhe in allen großen Industriekonzernen vor, die auf einer tiefen Ebene der Unzufriedenheit und auf Miströuen gegenüber einer Regierung beruht, die sich unfähig erweist, den Willen der Demokratie auszuführen. Das einzige Hindernis zur Selbstbeherrschung der nationalen Einheit ist die einschließliche Weigerung einer Gruppe von Staatsmännern, dem Volke die von ihm verlangte Bürgerschaft zu geben, daß sie den Idealen, für die der Krieg geführt wird, Grund und Boden, Asien, Amerika und Rußland können von niemand selbsthätiger Kriegsziele verdrängt werden. Die Ziele wahrer Demokratie stehen in völligem Gegensatz zu dem Geiste und dem Tone der Versailles-Erklärungen, zu den bekannt gewordenen Geheimverträgen und zu der herkömmlichen Weigerung der Entente-Regierungen, ihre Kriegsziele vor der Welt zu veröffentlichen.“

Beratungen beim Kaiser.

Herzling und Kühlmann begeben sich ins Hauptquartier.

WTF. Berlin, 12. Februar. Reichskanzler Dr. Graf von Hertling und Staatssekretär des Auswärtigen von Kühlmann begeben sich morgen zum Vortrag bei Sr. Majestät dem Kaiser ins Große Hauptquartier.

Lloyd George allein verantwortlich für die bevorstehenden schweren Blutopfer.

Eine offizielle deutsche Kundgebung.

WTF. Berlin, 12. Februar. Durch den Friedensschluß der Ukraine und zugleich mit der Erklärung Trozkis ist die russische Dampfwalze, die sich seit August 1914, auf dem Wege nach Berlin und Wien befand und von Lloyd George richtungslos gehetzt wurde, endgültig liegen geblieben. Das Feindmaterial mußten die Millionen russischer Kriegeslieferer, die für englische Eroberungsziele nutzlos ihr Blut vergossen und ihr eigenes Land in namenloses Unglück stürzten. Der Kriegsverlängerer Lloyd George hat auch versucht, aus dem militärischen Zusammenbruch Rußlands noch in letzter Stunde zu retten, was zu retten war. Die Siege Hindenburgs und Ludendorffs und die unerwartete Totkraft des deutschen Volksweges verbarben ihm ein für allemal seine Rechnung und erwiderten, daß aus dem Zweifrontenkrieg, der Deutschlands Untergang bringen sollte, der Einfrontkrieg geworden ist, für dessen Weiterführung der englische Premierminister allein die Verantwortung trägt. Die Ströme von Blut, die nach der Kriegserklärung von Versailles noch vergossen werden sollen, werden lediglich auf den Willen dieses Mannes hin fließen, der den imperialistischen Ziele Englands wegen der ganzen Welt, den Kriegführenden sowohl wie den Neutralen, die Hoffnung und den Traum des langjährigen allgemeinen Völkervertrages gestört hat.

(Die Deutschen siehe auch Seite 4.)

Frieden mit Rußland — Kampf mit den Anderen?

(Schalmeien und Fanfaren.)

Aus Berlin wird uns geschrieben:
Dem formellen Friedensschluß mit der Ukraine scheint mit überraschender Schnelle ein nicht formeller mit dem übrigen Rußland folgen zu sollen. Die bolschewistische Regierung freudig — zunächst nur dem äußeren Feind — bedingungslos die Waffen. So wenigstens stellt sich im ersten Augenblick die Lage dar. Genauer betrachtet, gewinnt man freilich den Eindruck, als handle es sich nur um einen neuen Friede Trozkis, um den Versuch — etwa nach dem Muster Frankreichs im Jahre 1870 nach der Sedanstadt und dem Sturz Napoleons — nur einfach „nicht mehr mitzupielen“ zu wollen. Solange man nicht über die Absichten Petersburgs und vor allem darüber völlig im klaren ist, ob die bolschewistische Regierung überhaupt noch als vertragsfähig gelten kann, werden wir selbstverständlich — anders wie in und gegenüber der Ukraine — von Großrußland, Polen und dem Baltikum keinen Fuß breit zurückweichen. Der Rußlandsschlachtfeld kann nicht einseitig beendet werden und selbst wenn er aufhört, wird darum noch nicht Frieden sein. Man braucht nur darauf hinzuwirken, wie schwer es unter der jetzigen Umstände sein würde, in Verhandlungen von Regierung zu Regierung, mit den gegenwärtigen Modifikationen, über ihren Nachfolgern, die Festhalten neuer Nachbar-Grenzen, die Wiederanknüpfung volkreäftiger und wirtschaftlicher Beziehungen zu erörtern, und es wird der ganzen Geschicklichkeit und der ganzen Selbstbeherrschung unserer Diplomatie bedürfen, um aus dem Chaos einen Friedenszustand anzuklären, der die Gewähr der wirtschaftlichen Beziehungen und die Gewähr der Dauer in sich trägt.

Daß der Frieden mit der Ukraine in absehbarer Zeit auch den Anstich Großrußlands noch sich ziehen würde, war voraussehen. Darin gerade lag ja seine Bedeutung. Die Ukraine, ein Land des im Bodenflusse wenig kleiner ist, als das Deutsche Reich, umschließt mit einer Bevölkerung von 30 bis 40 Millionen Menschen die reichsten Gouvernements Rußlands und sperrt vor allen Dingen das übriggebliebene Reich von einer seiner wichtigsten Lebensadern, dem Schwarzen Meer, ab. Schon daraus ergab und ergibt sich die Wichtigkeit der kommenden Entlohnung: unseres Erdraumes würde es falsch sein, mit einem „Besatz“ des russischen Reiches zu rechnen, vorausgesetzt wird vielmehr aus den Trümmern ein Bundesstaat autonomer Volksrepubliken, etwa nach dem Vorbild des deutschen Bundesstaates oder des nordamerikanischen Staatenbundes, herauszuwachsen. Nichts wäre fruchtbarer, als wenn der siegreiche Gegner das bei allen nationalen Vorkriegsinstanzen unumsetzbar vorhandene politische und wirtschaftliche Zusammengehörigkeits-Bewußtsein gewaltsam zu operieren suchen wollte.

So unabweisbar wichtig die politisch-militärische Bedeutung des Ereignisses ist, so außerordentlich schwerwiegend für unsere Lebensmittel- und Rohstoffversorgung der Frieden mit Rußland werden könnte (und sich in nächster Zeit auch der Frieden mit Rumänien einschließen wird), das Wichtigste wird der moralische Eindruck bleiben. Die Verbesserung unserer Zukunft wird sich nicht im Augenblick einstellen. Dazu weiß man viel zu wenig über den Ausfall der letzten russischen Enten, über den Umfang des Selbstverbrauchs und der Sicherheit noch in den letzten inneren Kämpfen in welchem Umfang es gelang, die vorhandenen Vorräte, dazu sind auch die Verhältnisse der Ukraine, selbst in der Ukraine, und insbesondere auch die Transportmöglichkeiten über das Schwarze Meer, viel zu sehr zertrümmert und gefährdet. Innerhalb wird es, aus Grund der Bestimmungen des ukrainischen Vertrages, der einen für die wichtigsten Güter genau geregelten Austausch zwischen der Ukraine und dem Bierbund vorstelt und dem nun zweifellos in nächster Zeit ein ähnliches Abkommen auch für die restlichen Teile des großen russischen Reiches folgen wird, schon in einigen Monaten möglich sein, einen wenigstens einigermaßen ergiebigen Wirtschaftsverkehr zwischen uns und Rußland wiederherzustellen, einen Verkehr, der ja auch im Interesse des wiedergeborenen Kaiserreiches liegt und mit besten Willen allein es sich nur dem völligen inneren Zusammenbruch wird retten können.

So ruhig und nüchtern man also die wirtschaftlichen Folgen des Friedensschlusses bei uns wird beurteilen müssen, die moralischen Wirkungen werden man nicht hoch genug in Rechnung stellen dürfen. Trozkis „Schwächung“ fällt offenbar den Frieden mit der Ukraine entgegen, aus der Trümpfe anderer Größe noch im letzten Augenblicke beenden. Demgegenüber muß daran festgehalten werden, daß die Erklärung der russischen Delegation eine Waffenstillstand, ein Scheitern der völligen militärischen Ohnmacht ist. Nur zu bald wird man sehen, daß der Maximalismus, wie er den militärischen Zusammenbruch nicht anstehen, so auch die innerpolitische Katastrophe nicht verhindern, sondern noch verschärfen wird, daß er dem Lande nicht nur äußeren und nicht den inneren Frieden wird geben können. Für uns selber ist bekannt, das Ergebnis von West-Sibirien die erste Frucht

unserer diplomatischen Bemühungen einen Sieg, den die Geschichte unserer Vorkämpfer in Welt-Konflikten errungen hat, und zugleich eine Art Verdunungs- und Zerkleinerung des friedenswilligen, insbesondere gegenüber den kleinen Mächten. Das Letztere ist gerade bei dem Frieden mit der Ukraine in der Entscheidung getreten und dieser Eindruck wird durch den Schwergewicht nicht vermischt werden können.

Für die Entente schließlich bedeutet die Entwicklung der Dinge eine letzte große Wagnis. Der Kaiser hat in seiner Rede, die er am Sonntag in Hamburg gehalten, bereits darauf hingewiesen, daß der, der den Frieden nicht annimmt und nicht haben will, eben dazu gezwungen werden muß. Nun hat er bereits wenigstens einer der Hände die Bedingungen erfüllt, die der Entente das Ansehen in den deutschen Landen. Der Eindruck des mit Rußland verknüpften Friedens wird dadurch nicht beeinträchtigt, daß man bei der Entente in zweifellos auf die militärische Unterstützung des zünftigen Alliierten schon seit Monaten nicht mehr rechnen konnte. Immerhin ist es bemerkenswert, daß es gerade die Entente, insbesondere auch England und Amerika, gewesen ist, die vor kurzem noch die Forderung der Ukraine beständig, wenn nicht veranlaßt und unumwunden selbst begehrt hat, offenbar weil man in der Ukraine ein Gegenobjekt gegen die Bolschewisten und ihre angeblich entente-feindlichen Tendenzen gefunden zu haben glaubte. Frankreich aber, das noch immer, trotz aller schlichten Versicherungen, die es in Rußland gemacht hat, ein einziges Geld für die Brider der „entente cordiale“ übrig zu haben scheint, hat sich sogar bereit, der kleiner Zentralmacht, gewissermaßen als letzte politische Hypothek, 100 Millionen zu leihen und eine Militärmission zur Organisation des ukrainischen Heeres zu entsenden. Schon aus den ersten Briefstücken, die über den ukrainischen Frieden aus den Ententeländern herbeikommen, hörte man die historische Zurückhaltung an. Und was wird nun aus der Reise des bereits in Deutschland eingetroffenen Herrn Romanow nach London und Paris? Gerade die Reise ist ein Segel dafür, wie wenig freiwillig die Bolschewisten eingetretten haben, als sie am Tage nach dem Abbruch mit der Ukraine nun ihrerseits den Kriegszustand vor beendet erklärt haben. Von der eigenen Presse (so insbesondere nach dem offiziellen Agentenorgan der Bolschewisten, der „Iswestia“ am 22. Januar und von der liberalen „Utro Rossii“ am 13. Januar) wird erkannt und eingestanden worden, daß Herr Trozki mit seinen revolutionären Sophismen tatsächlich nichts anderes bedeutet, als die Beziehungen des ukrainischen Heeres nicht nur nach nach Ansicht des Smolny-Instituts für Deutschland, bedeutende Ereignisse abspielen und die Anhänger des Friedens die Oberhand gewinnen“ würden. Alle diese feuchten Pläne (sag Herr Trozki selbst), seine Herrschaft durch die Beherrschung der ukrainischen Autorität (der unerkennbar im Moskauer auf eine Stärkung der militärischen Kraft seitens des Verbündeten hätte folgen müssen) soll ebenso bedroht wie durch die Verwirrung im Innern, die Soffnung, irgendwas und — wie sich der Entente und die Entente sich verpflichten zu können, im Schwimmen begriffen — so mußte er das Spiel verloren geben.

In das tiefste Getöse der Friedenspläne, die aus dem Osten erklingen, mischen sich nun aber bereits die kriegerischen Parolen vom Westen her. Ueber die große deutsche, die man auch bei uns nicht erwartet, aber die nie den andern verzeihen nicht spricht oder doch nicht schweigt, sind letzten die englischen und namentlich die französischen Blätter immer ruhiger und vornehmlicher Versicherten, daß die Töchter auf der einen, Befehlsbefugungen auf der anderen Seite. Die Engländer haben hinter der Front mit fierberster Eile neue Befestigungen, und ihre Zeitungen deuteten, wenn die neue Unterdrückung (auf die ja wir nun auch der Kaiser durch vielmaligen Erfolg haben sollte, wenn man wohl seine Kriegsziele aufs neue „revidieren“ müssen. Die Pariser Blätter dagegen jammern über den neuen „gecassigten“ Angriff, den die Deutschen planten, und ein wichtiges Zutragen, daß die amerikanische Flotte rechtzeitig genug eintreffen könnte, tritt fast nirgends mehr in die Erscheinung. Der Verlust des amerikanischen Transportzweiges „Tuscunia“ hat auch in Paris niederschmetternd gewirkt, wenn der Eindruck dort auch nicht so drückend gewesen sein mag wie in Washington. Mr. Baker, der Kriegssekretär, hat wiederholt erklärt, daß der „neuen“ Welt unumkehrlich Kriegszustand seitens der „Deutschen“. Er hat vermußtlich gehandelt die deutschen Flotten, wenn sie einen amerikanischen Transportdampfer antreffen, ihn hinfällig vorwarnen und ihn außerdem umkehren und — sein Glück an einer anderen Stelle zu versuchen. Mr. Baker wird erzählen müssen, daß unsere U-Boot-Kommandanten auch weiterhin, wenn sie transatlantischen Transportbooten begegnen, sich nicht damit begnügen werden zu salutieren.

Das schlimmste Wort das man dem Borgias-Papst nachlegte: „Qui munda da papa e morit“ (wer dem Licht des Papstes ist, muß daran sterben?) trägt sich immer deutlicher auf die Entente und die Völker anwenden, die ihr Gesicht für ihr vernünftigen haben. Belgien, Serbien, Rumänien, Montenegro und auch Rußland liegen am Boden. Als erster unter den Kriegführenden sucht der am wenigsten, einst allen Völkern der Erde durchdringende Kalb des zünftigen Reiches den Frieden mit den Mächten auf deren Seite sich die Maßgabe des Sieges genügt. Alle diese hatten die Versäufelungen in Schicksalungen sind weniger falsch und unversöhnlicher geklungen, hätte man dort die ideale Entwicklung der Dinge in Welt-Konflikten vorausgesehen. Nun können die Frankreich im Westen auch dort die nachste Entscheidung. Jede Stunde treibt nun, ja, ja, ja automatisch die Entscheidung der Dinge am Ende zu — in Ost in d. West!

Das Ultimatum des Vierbundes an Rumänien.

WTE. Berlin, 12. Februar. Wie das „Berliner Tageblatt“ meldet, hat der Vierbunde die rumänische Regierung in Sofia aufgefordert, in Verhandlungen einzutreten. Er hat die rumänische Regierung ersucht, sich morgen Mittags abend mitteilen, ob sie zu Verhandlungen bereit sei oder nicht. Der Rücktritt Rumänens und seine Erlegung durch General Avranese dürfte natürlich auf diese Aufforderung zurückzuführen sein. Die Form eines Ultimatum, das eine Drohung in sich schließt, ist der Aufforderung nicht gegeben worden.

Wilson's Antwort an Czernin und Hertling.

Unterschiedliche Beurteilung. — Erneuter Versuch, Deutschland zu isolieren. — Verstärkte Kriegsvorbereitungen.

Washington, 12. Februar. (Reuter.) In seiner Rede, die Wilson gestern im Kongress hielt, führte er aus: „Auf meine Rede vom 8. Januar und die des englischen Premierministers vom 5. Januar haben der deutsche Reichskanzler und Graf Czernin am 4. Januar geantwortet. Die Antwort des Grafen Czernin ist in einem sehr freundlichen Tone gehalten. Er erwidert in seiner Erklärung eine Grundlegung von vier eingehenderen Bepredung der Kriegsziele. Wenn er angeboten haben soll, daß mit seine Ansichten zu mir mitgeteilt wurden, so ist es sicherlich mißverständlich worden. Ich habe seine Mitteilung vorher von dem, was er zu sagen beabsichtigt, erhalten.“

Graf Hertlings Antwort ist sehr unbestimmt und voll zweideutiger Sätze. Sie enthält leider mehr den unklaren Eindruck, den wir aus den Konferenzen in Brüssel gewonnen haben, als daß sie ihn begünstigt. Er weigert sich, unsere allgemeinen Grundzüge auf die wesentlichen Punkte für eine endgültige Abmachung anzuwenden. Er ist nichtwichtig gegen eine internationale Aktion und gegen internationale Beratungen. Er scheint darauf zu bestehen, daß die Grundgedanken höchst diplomatisch auf Allgemeinheiten beschränkt werden und daß die verschiedenen Einzelfragen über Gebiet und Staatshoheit, noch deren Lösung die Annahme des Friedens leitend der 23. ist im Krieges für sich stehen. Er verlangt, nicht in allgemeinen Beratungen, sondern getrennt von den insofern hier nachbarlich nächstbeteiligten Nationen erörtert und geschlichtet werden. Er nimmt der Freiheit der See zu, aber ist zweifelhaft über eine Beschränkung dieser Freiheit durch internationale, im Interesse der Weltordnung getroffene Maßnahmen. Er erhebt keine Einwendungen gegen eine Beschränkung der Rüstungen. Diese Anlegenheiten würde sich durch die wirtschaftliche Lage nach dem Kriege von selbst regeln. Die deutschen Kolonien aber, verlangt er, müssen ohne Erörterung des Schicksals der baltischen Länder, mit der französischen Regierung über Räumung des ukrainischen Gebietes und mit Oesterreich über Polen verhandelt. Die Lösung aller die Balkanstaaten betreffenden Fragen überweist er Oesterreich und der Türkei, die Vereinbarungen hinsichtlich der nicht-türkischen, dem gegenwärtigen Osmanischen Reich zugehörigen Gebieten den türkischen Behörden allein.

Nachdem ein Abkommen in dieser Weise nach allen Seiten durch Einzelverhandlungen ergibt ist, hätte er keine Einwendungen gegen eine Liga der Nationen zur Sicherung des Gleichgewichts der Kräfte, nach Erörterungen nach außen. Auf einer solchen Liga kann als unumkehrlich ein allgemeiner Friede erzielt werden. Die Methode des deutschen Reichskanzlers ist jene des Kongresses von Wien. Wir können und wollen nicht dazu zurückkehren. Auf dem Spiele steht der Weltfriede. Eine neue Völkerordnung aufgebaut auf den weisheitlichen und unumkehrlichen Grundgedanken von Recht und Gerechtigkeit. Es ist möglich, daß Graf Hertling dieses nicht sieht oder nicht versteht. Hat er die Reichsagentenschaft vom 19. Juli vollkommen verstanden oder überhört er sie absichtlich? Diese spricht von Bedingungen für einen allgemeinen Frieden, nicht von nationaler Ausdehnung oder von Beherrschungen von Staat zu Staat. Der Weltfriede hängt von der gerechten Schlichtung jedes der verschiedenen Probleme, auf welches ich hinweisen habe, ab. Diese Probleme, jedes für sich und insgesamt, gehen die ganze Welt an, und nur wenn sie im Geiste selbstloser und unbeeinträchtigter Gerechtigkeit gelöst werden, kann ein dauernder Frieden erreicht werden.

Was immer den Frieden betrifft, betrifft auch die Menschheit, und was durch militärische Macht geschlichtet ist, ist, wenn in unrechter Weise geschoben, keineswegs beigelegt. Ist die Graf Hertling nicht bewußt, daß er jetzt in einem Gerichtshofe der ganzen Menschheit spricht. Die Reichsagentenschaft vom 19. Juli hat die Entscheidung eines solchen Gerichtshofes offen angenommen. Es soll weder Anzweiflung, noch Einschüchtern oder Irreführen Schabenerläß geben. Die Völker dürfen nur nach gemäß ihrer eigenen Zustimmung befehligt oder regiert werden. Das Selbstbestimmungsrecht ist ein gebietender Grundgesetz, den die Staatsmänner künftig auf ihre eigene Gefahr mißbrauchen werden. Ein allgemeiner Friede kann nicht als getrennten Vereinbarungen zwischen mächtigen Staaten zusammengesetzt werden. Alle Teilnehmer an diesem Kriege müssen sich zur Schlichtung jeder Frage, an der sie irgendwas beteiligt sind, zusammensetzen und jeder einzelne Punkt muß dem allgemeinen Urteile unterstellt werden.

Die Vereinigten Staaten haben keinen Grund, sich in europäische Angelegenheiten einzumischen oder als Schiedsrichter zu fungieren.

Es ist unter ihrer Würde, sich einer inneren Schwäche oder Zerrüttung zu bedienen, um ihren Willen einem anderen Volke aufzuerlegen. Sie werden es gern annehmen, wenn man ihnen verständlich macht, daß die von ihnen vorgelegten Vorschläge nicht die besten und dauerhaftesten sind. Die Vereinigten Staaten sind jedoch in diesen Krieg eingetreten, weil sie, ob gewollt oder nicht, zu Mitbestimmungen gezwungen sind.

Furcht vor einem Einsall der roten Garde auf Schwedisches Gebiet.

WTE. Stockholm, 10. Februar. „Aftenbladet“ bringt folgendes Telegramm aus Lulea: Der Amtsvorsteher verlangt Militär, um die Ordnung auf der Insel Svalbard aufrecht zu erhalten, da man eine Invasion der roten Garde und russischer Soldaten befürchtet. (Anmerkung der Redaktion: Auf der Insel Svalbard sind Inseln, die jährlich finnländische Arbeiter an der liberalen finnländischen Zeitung „Svalbard“ abgeben. Seitdem regnen immer zahlreichere sozialistische Propagandisten gegen die Herrschaft der schwedischen Regierung Finnlands zu protestieren.)

Bolschewistische Maßnahmen in Finnland. — Riborg geplündert.

WTE. Stockholm, 10. Februar. Die schwedische Gesellschaft in Helsinki wird mit, daß nach einer amtlichen Bekanntmachung die rote Garde als baltische Institution in

den beiden und der Ungewißheit, die von den militärischen Herren Deutschlands dem Frieden und der Sicherheit der Menschheit zugefügt wurden, gemacht worden sind, und die Friedensbedingungen betreffen sie fast ebenso als irgend eine andere Nation, der eine führende Rolle in der Aufrechterhaltung der Zivilisation zukommt.

Wir haben keinen Weg zu einem Frieden, bis die Ursachen dieses Krieges beseitigt werden und ihre Wiederkehr, soweit erreichbar, unmöglich gemacht wird. Dieser Krieg hat seine Wurzeln in der Nichtbeachtung der Rechte der kleinen Nationen und Rassen, denen die Einigkeit und die Macht fehlte, ihre Ansprüche, ihre eigene Staatszugehörigkeit und ihre eigene Form des politischen Lebens durchzusetzen. Vertragliche Verpflichtungen und die vereinigte Macht aller Nationen, die die Gerechtigkeit lieben, müssen solche Dinge tunlichst unmöglich machen.

Wenn nun über Gebietsfragen und politische Beziehungen der großen Mächte, die keine organisierte Widerstandsarmee, durch Verträge zwischen den Mächten, die sich für sich selbst bereit haben, bestimmt werden sollen, warum nicht auch wirtschaftliche Fragen? Die internationalen Beziehungen der Völker werden ebenso berührt wie der Zutritt zu den Rohmaterialien und zu den billigen gleichen Handelsbedingungen.

Graf Czernin scheint einen klaren Blick über die fundamentalen Elemente des Krieges zu haben, jedoch scheint er sie verstanden zu wollen. Er sieht ein, daß ein unabhängiges Polen, zusammengesetzt aus allen Ländern der polnischen Rasse, gebildet werden muß. Er sieht ferner ein, daß Belgien geräumt und wiederhergestellt werden muß. Wenn er über Fragen schwelgt, die die Interessen und Absichten seiner Verbündeten über die Oesterreich-Ungarns allein beziehen, so ist dies natürlich, und er fügt, daß Oesterreich auf die Kriegsziele, wie sie von den Vereinigten Staaten ausgedrückt wurden, mit weniger Zuverlässigkeit eingehen kann, als dies Deutschland möglich ist. Er würde wahrscheinlich noch weiter gegangen sein, wenn er auf Oesterreichs Bündnis und seine Unabhängigkeit von Deutschland keine Rücksicht zu nehmen gehabt hätte. Die Intervention, ob es den beiden Regierungen möglich sein wird, in diesem Ausmaß die Absichten fortzusetzen, ist einig und klar. Die anzuwendenden Gründe sind folgende:

1. Daß jeder Teil einer unbilligen Vereinbarung im menschlichen auf der Gerechtigkeit in dem bestmöglichen Maße und auf einen solchen Ausgleich aufgebaut sein muß, den man als wahrhaftigste ist, daß er einen Frieden, der dauernd ist, herbeiführen wird.
2. Daß Völker und Provinzen nicht von einer Staats-herrschaft in eine andere herumgehoben werden.
3. Daß dadurch jede Lösung einer Gebietsfrage, die durch diesen Krieg aufgeworfen wurde, im Interesse und zugunsten der betreffenden Bevölkerung und nicht als Teil eines bloßen Ausgleichs der Ansprüche rivalisierender Staaten getroffen werden muß.
4. Daß alle klar umschriebenen nationalen Ansprüche die weitestgehende Befriedigung finden sollen, die ihnen zuteil werden kann, ohne neue oder die Vererbung alter Elemente von Zuflucht und Gegenwehr, die den Frieden Europas und damit die ganze Welt wahrscheinlich bald wieder führen würden, aufzunehmen.

Ein allgemeiner Friede auf solcher Grundlage erreicht, kann erörtert werden. Bis ein solcher Friede geschlossen ist, haben wir keine andere Wahl als den Krieg fortzuführen. So weit wir es beurteilen können, sind diese Grundzüge schon überall als zwingend angenommen worden, außer von den Wortführern der deutschen Militär- und Ankerpartei. Es ist ein tragischer Umstand, daß diese Partei in Deutschland willens und fähig ist, Millionen in den Tod zu senden, um etwas zu verhindern, was alle Welt schon als gerecht ansieht.

Ich wäre kein wahrhaftiger Wortführer des Volkes der Vereinigten Staaten, wenn ich nicht nochmals sagen würde, daß wir in diesen Krieg wegen keines kleinen Anlasses eingetreten sind und daß wir auf dem grundgesetzlich eingeschlagenen Weg niemals umkehren können. Unsere Hilfsquellen sind jetzt teilweise mobilisiert und wir werden nicht ruhen, bis dies nicht im ganzen geistlich ist. Unsere Truppenbewegungen werden beschleunigt werden. Wir glauben, daß unser eigenes Verlangen nach einer neuen Weltordnung, in der Vernunft, Gerechtigkeit und das allgemeine Interesse der Menschheit regiert, daß Verlangen der aufgeklärten Menschen überall ist. Nachdem wir einmal unsere Hand an die Durchführung dieser Aufgabe gelegt haben, werden wir nicht mehr umkehren. Kein Wort, das ich gesagt habe, ist als Drohung gemeint. Ich habe es gesprochen, nur damit die ganze Welt die wirkliche Stimme Amerikas kennen lernen möge. Die Welt der Vereinigten Staaten ist für eine Nation und kein Volk eine Bedrohung. Sie entspringt der Freiheit und steht im Dienste der Freiheit.

Annahme erhalten werden wird. Gegenrevolutionäre Zeitungen sind vorübergehend verboten worden. Im Weltkriegsfall sollen die Eisenwerke beschlagnahmt werden. Nach einer weiteren Meldung ist Riborg in empörender Weise von den Russen ausgeplündert worden.

Krylenko nicht gefangen genommen!

Berlin, 12. Febr. Wie die Abendblätter melden, hatte der russische Oberbefehlshaber Krylenko, dessen angebliche Gefangennahme durch polnische Truppen sich nicht bewahrheitet, in Gemeinschaft mit dem Wittliche des Berliner Kongresses Formalk in einem Zusatzprotokoll aller der zünftigen Soldaten Mitteilung von Demobilisierungsgebieten gemacht. „Frieden, Frieden, Frieden, der Krieg ist Ende!“ hieß es in dem Zusatzprotokoll, der mit der Aufforderung schloß, Disziplin zu wahren und zwar keine Ausweichungen die Friedensfeier zu führen.

Drei Stunden nach der Ausgabe dieses Zusatzprotokolls erging ein neuerlicher Befehl Morozoffs, die Bekleidung der Besatzung einzuschleppen.

Die Annullierung der russischen Staatsanleihen.

Petersburg, 10. Februar. Folgendes Dekret über die Annullierung der Staatsanleihen, angenommen in der Sitzung des Zentral-Exekutivkomitees vom 3. Februar, wird veröffentlicht:

1. Alle Staatsanleihen, die von den Regierungen der russischen Bourgeoisie aufgenommen wurden, werden vom 1. Dezember 1917 (n. St.) ab für unzulässig erklärt. Die Dezember-Rapports werden nicht mehr bezahlt.
2. Ebenso werden alle Garantien unzulässig, die von diesen Regierungen für die Anleihen verschiedener Unternehmungen gegeben worden sind.
3. Alle ausländischen Anleihen werden bedingungslos und ohne jede Ausnahme annulliert, und künftige Obligationen bleiben in Kraft. Prosente werden nicht bezahlt. Die Obligationen selbst gehen wie Kreditpapiere.
5. Winderbittliche Bürger, die eine annullierte russische Anleihe bis zu 1000 Rubel besitzen, werden durch Anleihe einer neuen Anleihe der russischen sozialistischen föderativen Räte-Republik entschädigt.
6. Die Entlagen in den staatlichen Sparkassen und deren Zinsen sind unantastbar. Die im Besitze der Sparkassen befindlichen annullierten Anleihen werden auf die Schuld der Republik übernommen.
7. Ueber die Entschädigung von Genossenschaften und Bergwerken werden besondere Bestimmungen ausgearbeitet.
8. Die Leitung der Liquidationen der Anleihen hat der Oberste Volkswirtschaftliche Rat.
9. Die Ausführung ist Aufgabe der Staatsbank.
10. Die Freistellung der Winderbittlichen erfolgt durch besondere Kommissionen. Diese haben das Recht, Ersatzkapital im vollen Betrage zu annullieren, die nicht auf dem Wege der Arbeit erworben wurden, selbst wenn diese die Summe von 5000 Rubel nicht übersteigen.

Erklärung Hertlings zur Wahlreform.

In einer Unterredung, zu der der Reichstanzler und Ministerpräsident Graf Hertling den Präsidenten des Abgeordnetenhauses Grafen Schönerbach bitten lassen, machte er diesem u. a. folgende Mitteilung:

„Ich, dem Ministerpräsidenten, sei in der letzten Zeit von verschiedenen Seiten — auch in der Presse — unterstellt worden, daß er nicht mehr mit der gleichen Entschiedenheit wie bei seinem Amtsantritt für die Wahlreform vorkäme. Er entsetze. Er müsse diese Unterstellung mit aller Schärfe zurückweisen, denn er habe sein Wort gegeben, für die Wahlreform einzutreten zu wollen und werde dieses Wort halten.“

Er erkläre zwar durchaus an, daß eine für die ganze Zukunft greifende und des Erfolges so sicheres und bedeutungsvolle Vorlage, wie es die große Wahlreform sei, eine sehr gründliche und eingehende Durchberatung erfordere und daher in kurzer Zeit nicht erledigt werden könne, aber er müsse Wert darauf legen, keinen Zweifel an seinem unveränderten Willen aufkommen zu lassen, diese Reform mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln zu Ende zu bringen.

Ausland.

Zur Rücklands Unabständigkeit.

Am 11. Februar. Jeannette Rankin, das einzige weibliche Mitglied des amerikanischen Kongresses, brachte Anfangs Januar eine Entschließung ein, in der es heißt: Die Regierung der Vereinigten Staaten erkenne das Recht Islands auf politische Unabhängigkeit an, und wir mögen Island unter die Länder, für deren Freiheit und Demokratie wir kämpfen. — Ueber das Schicksal des sehr beachtenden Antrags ist nichts bekannt.

Halle und Umgebung.

Tarifverhandlungen im Malergewerbe.

Am 7. und 8. Februar 1918 haben im Reichswirtschaftsamt unter Leitung des Geh. Ober-Regierungsrats Sekretär Verhandlungen zwischen dem Hauptverband deutscher Arbeiterverbände im Malergewerbe und dem Bund deutscher Dekorationsmaler einerseits und dem Verband der Maler, Lackierer, Anstreicher, Färber und Weißbinder Deutschlands, dem Zentralverband christlicher Maler und verwandter Berufsangehöriger Deutschlands und dem Gewerkschaftsverband der Maler, Lackierer und graphischen Betriebe Deutschlands (Stich-Dumder) andererseits stattgefunden. Die Verhandlungen, die beiderseits in verhältnismäßigem Geiste und mit vollem Verständnis für die gegenwärtige Lage der Verhältnisse geführt wurden, haben zu einer vollen Verständigung geführt, die allerdings noch der Genehmigung der zuständigen Verbände bedarf.

Nach der getroffenen Vereinbarung werden der Reichstarifvertrag für das Malergewerbe und die übrigen Tarifverträge zwischen den genannten Verbänden unverändert bis zum 15. Februar 1919 verlängert. Die Gehälter erhalten zum 15. März 1918 an eine neue dritte Feuerungsstufe, die in Städten von mehr als 100 000 Einwohnern 15 Pfennig, im übrigen 10 Pfennig für die Arbeitsstunde beträgt. Auf diese Zulage werden die seit dem 1. Oktober 1917 vereinbarten Sonderzulagen angerechnet. Am 1. Juni 1918 tritt eine weitere allgemeine Erhöhung der Teuerungszulagen um 5 Pfennig ein.

Verhandlungen zwischen den Schienenverbänden und dem Reichsbahnen-Vereinbarung haben unmittelbar bevor und sollen gleichfalls im Reichswirtschaftsamt stattfinden.

Freie Aussprache in der Arbeiterausschüßungen der Staatsbahnen.

Auf Beschwerde von Arbeitervertretern, daß es ihnen nicht immer möglich sei, ihre Äußerungen und Wünsche eingehend darzulegen und zu begründen, macht der Eisenbahnenminister in einem Rundschreiben an die königlichen Kreisbahnen

den Bahndirektoren und die Generaldirektion der Eisenbahnen in Klage-Verfahren zur Pflicht, den Ausschüßmitgliedern die sachliche Begründung ihrer Forderungen in den Ausschüßsitzungen in jeder Beziehung zu erleichtern und sich aller Anstrengungen zu enthalten, die bei den Ausschüßmitgliedern den Eindruck erwecken könnten, als wolle die Verwaltung entgegen der Korrektheit und Begründung von Forderungen irgendwie beschränkt. Der Minister permits hierbei auf seinen Erlaß vom 25. Mai 1910 (Eisenbahn-Nachrichtenblatt), wonach die Sitzungen der Arbeiterausschüsse stets so zeitig anzubereiten sind, daß die ausgiebige Erörterung der Tagesordnung bis zum Schluß der Arbeitzeit gelehrt erscheint.

Wahlrecht für die Zivilbevölkerung.

Die Reichsstelle für Genüsse und Obl. teilt mit, daß die diesmalige Behauptung des Reichstages ausmacht habe, da für den Bedarf der Zivilbevölkerung nichts übrig geblieben ist. Infolge der Beibehaltung der Beeresanleihe seien jetzt 200 000 000 Zentner für die Zivilbevölkerung freigegeben worden, die noch im Laufe des Februar verteilt werden sollen. Weiterer Erfolg im März oder April eine nominale Verteilung.

Ehernes Kreuz.

Das Eiserne Kreuz erhielt in Frankfurt der Musikleiter Heinrich Holzhausen (Aufnahme bei der Firma Hempelman u. Krause), Sohn des Rädermeisters Otto Holzhausen, Schillerstraße 15. Zehn zwei andere Söhne erhielten das Eiserne Kreuz bereits früher und zwar der Gelehrte Alfred Holzhausen am 15. Mai 1915 und der Bandführer Otto Holzhausen nach seiner Verbannung an der Somme am 19. Oktober 1916.

Als Verhandlungsgegenstand für die diesjährigen Kreislandtag hat das Kgl. Konsistorium die Frage gestellt: Welche besonderen Aufgaben erweisen sich den Gemeinden in Bezug auf die Wiederherstellung und Pflege des durch den Krieg vielfach geschädigten Familienlebens? Es ist der Wunsch der Behörde, daß diese sittlich-religiöse u. bedeutsame Frage möglichst von einem Nichttheologen bearbeitet wird. Sprechend sind die Wünsche nicht außer acht zu lassen, welche sich richten auf kurze begründete Referate und unzulässig erzieherische Ausreden, bei welchen wiederum auf die Beteiligung der Laien ganz besonders hinzuwirken ist. Die Berichte der verschiedenen Synodal-Vertreter sind möglichst an den Endtag der Synoden zu stellen und gleichfalls sehr kurz zu halten oder auf mehrere Synoden zu verteilen, so daß nicht jeder in jedem Jahre zu Worte kommt.

Geheimrat Richards ist, wie aus Königsberg l. B. gemeldet wird, von seinem Nachtrag mit der dortigen Stadthauptmannschaft-Gesellschaft zurückgetreten. Das Theatersgebäude wird seit Kriegesbeginn als Lagerort benutzt.

Kammerjägerin Ottilie Weggen-Vatermann wurde unter glänzenden Bedingungen auf fünf Jahre der Preuss. d. e. n. e. r. Soloper verpflichtet.

Provinzial-Nachrichten.

Merseburg, 12. Februar. (An der Stadtverordnetenversammlung) teilte einer Bürgermeister Vortrag mit, daß die gemeinde ländliche Druckmaschinen genehmigt werden soll. Die Stadt wolle nun eine Wohnkommission mit der Aufgabe, den Wohnungsbau durch Vermittlung von billigen Angeboten zu fördern, die Kommission möge über bisher keine politische Arbeit leisten. Jetzt bietet sich für nun ein reiches Arbeitsfeld. Aus diesem Grunde unterbreite der Magistrat den Vorstoß, die Kommission jetzt zu ernennen und sie mit der neuen Aufgabe der Wohnkommission in Merseburg zu treffen. Falls sich Baumaterialien nicht finden, soll die Stadt selbst umfangreiche Wohnhäuser bauen. Als wünschenswert wird die Anwendung des Erbschaftsteuerabzuges bei der Bebauung der Wohnraum in Merseburg zu treffen. Falls sich Baumaterialien nicht finden, soll die Stadt selbst umfangreiche Wohnhäuser bauen. Als wünschenswert wird die Anwendung des Erbschaftsteuerabzuges bei der Bebauung der Wohnraum in Merseburg zu treffen. Falls sich Baumaterialien nicht finden, soll die Stadt selbst umfangreiche Wohnhäuser bauen.

Unter seiner Energie und seinen festen Worten blühte Solnia sich niedergerückt; halb war es Erschlaffung, halb Angst. Herbert konnte wieder die Hand nach ihr ausstrecken. So stand sie noch immer, Rücken und Kopf an die Wand gelehnt, und murmelte mehrmals: „Ich kann hier nicht bleiben, ich kann es nicht!“

Herbert stand, äußerlich fest und unerschütterlich, am Tische in der Mitte des Saales. Er sah sich um. Aber es war kein Laut in dem großen Saale zu hören. Die Dienerschaft war zur Ruhe gegangen. Keine Infraktion und flüsterndes Wort war zu hören.

Er sagte Herbert, an ihre letzten Worte anknüpfend: „Du wirst hier bleiben, Solnia, du wirst hier bleiben. Ich zwingte dich aus all den angelegtesten Gründen, in diesem Saale als Herrin zu wachen, du wirst meinen Namen weiterführen, und ich überlasse es deinem Ehrgeiz, meinen Namen mangellos zu halten. Aber ich komme dir entgegen und willige ein, daß unsere Ehe nur um unserer Umgebung, um der Welt wegen aufrechterhalten wird. Ich werde dir nie zu nahe treten. Aber wir werden unsere Wächter gemeinsam ernennen, wir werden gemeinsam unsere Aufgaben und Befehle ausführen und Gesellschafter bleiben. Die Welt soll nichts über uns zu murren haben. Wie es innerlich um uns aussieht — das geht niemand etwas an!“

Solnia richtete sich nach einem kurzen Schweigen etwas auf. Die Ritterlichkeit seiner Gestimmung wollte sie beschämen, aber sie unterdrückte jede Regung in dem Gedanken: „Wenn er mir so weit entgegenkommt, wird er mich doch noch freizeigen!“

„Willst du nun ein?“ fragte Herbert endlich.

Da wandte Solnia sich um und blühte ihm einen Moment in die Augen.

„Ja!“ antwortete sie schmerzlich, und man hörte aus dem Range ihrer Stimme, daß ihr Herz belastet war. An der Tür sagte sie gedächtnislos:

„Gute Nacht, Herbert!“

„Gute Nacht, Solnia!“ gab er zurück.

So endete ihr Hochzeitsstag.

Mit zunehmendem Lichte sah er ihr noch immer Bitterkeit nach, wie sie langsam, so langsam und flüchtig in ihrem flüchtigen weichen Kleide, durch den Speiseaal ging. So englitzte mit ihr sein Wunsch nach Glück, nach Liebe, in dem er sich seit Monaten hineingelegt! Und warum war das alles?

„Ich werde sie doch noch gewinnen!“ dachte er plötzlich voller Entschlossenheit, „ich werde Geduld haben, aber ich werde — ich werde sie noch gewinnen!“ (Fortf. folgt.)

Unter der Tropensonne.

Roman von Erica Gepp-Böcher.

9. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)

Er stand noch unter der Wucht ihrer Worte. Solnia ließ ihren Gedanken nicht los, sah von ihm die Freiheit zurück zu gewöhnen. „Und du siehst jeden Mann?“ antwortete sie schonungslos: „Ja!“

„So bist du nur aus Willkürgefühl hergetommen?“

„Ja!“ entgegnete sie abermals, ohne ihre Antwort durch einen Satz zu mildern.

„Aber es nun heftig werden, brutal tyrannisch, wie ein geistesloser Dämon?“ dachte Solnia. Aber Herbert hob den Blick und betrachtete sie einige Momente unermüdet.

„Wie ein Katzenaugen sollten alle seine Pläne von einem Unbekannten umgehoben werden.“

Die Augen waren ein feines, schmeichelndes Licht auf die junge Frau, die ihm hochaufgerichtet gegenüberstand. Das weiße, duftige Kleid umschloß in langen Falten ihre schlanken Gestalt, und in dem hübschen Gesicht glitzerten die Augen erregt in eigenem Glanz. Ob sie ihn mit dem allen nicht nur quälte, ihren eigenen Wert feignen wollte? Und dieses junge Solnia, das seinen Namen nun trug, das seine Frau war, sollte sie ihm fern bleiben?

In einer plötzlich erwaarten Leidenschaft trieb der Impuls ihn, auf Solnia zuzugehen und sie an sich zu ziehen. Und mit einer Stimme, die vor Erregung, Bitterkeit, Hoffnung und Wünschen rausch klug, rief er:

„Solnia! Du wirst jenen Mann bezwingen lernen und mit mir glücklich werden. Ich will alles vergessen, was du mir eben gesagt hast. Du löstst hier ein ganz neues Leben beginnen und mit allem Bergangenen abschließen. Wir beide wollen uns zueinander nähern, und wir werden uns miteinander einleben!“

Aber sie hörte nur aus seiner Stimme rauhen Befehl, die sich bebend vor ihm schied, als er auf sie zuging. Solnia dachte nicht an den Moment, als der Diener heute morgen vorhin seine Faust hinter Herberts Rücken schaltete, an dem Moment, als Herbert vorhin seinen Diener süchtig — war auch sie ihm ausgeliefert? So wich sie vor ihm zurück und rief, während ein förmlicher Wächter aus ihrer Stimme klang: „Kühre mich nicht an!“

Und als sie endlich ganz im Hintergrunde des Saales unter einer großen Palme stand, presste sie beide Hände erregt bald an die Brust, bald an den Mund und wiederholte

halb in Angst, halb in Empörung: „Kühre mich nicht an! Ich werde jenen Mann nie bezwingen. Und dich werde ich nie lieben! Ich habe einen Wächter vor dir.“

Sie brach ab, da sie die große Veränderung gewahrte, die in seinen Zügen vorging. Herbert war stehen geblieben und hatte sie entsetzt an. Da sah sie, daß die Entscheidung fallen müßte, und so nahm sie ihren ganzen Mut zusammen.

„Deswegen gib mich frei! Herbert, gib mir die Freiheit! Ich bin überzeugt, daß unsere Ehe für uns eine Qual wird, ich werde mich nie in deine Art finden können.“

Es wäre ihr lieber gewesen, er wäre aufgebraucht, er wäre heftig geworden und hätte seinem Gort Luft gemacht. Aber Herbert war plötzlich sehr ruhig. Sofort schmit er ihr mit bestimmtem Tone das Wort ab:

„Ich denke gar nicht daran, dich freizugeben! Du bist hierher gekommen mit dem Entschluß, meine Frau zu werden. Du bist getraut und trägst reichmächtig meinen Namen. Das alles läßt sich nicht wie Joderväumen in die Luft zerhauben! Du bist meine Frau und wirst es bleiben!“

„Ich mid frei, ich mid wieder nach Deutschland gehen, und die ganze Angelegenheit wird eine kurze Episode für uns beide sein; du wirst eine andere Frau finden, die dich liebt und glücklich sein wird, deinen Namen zu tragen. Aber mid läß gehen!“

„Du irrst dich, wenn du meinst, ich sei ein Schlingensiefel, der sich nach den plötzlichen Launen eines jungen Mädchens richten! Ich habe mir hier in schweren, arbeitsreichen Jahren meinen Geist und meine Stellung, auch gesellschaftlich, erworben. Ich habe meinen Entschluß, dich als Frau zu erblenden, ernst und gründlich erwogen, ich biete dir meinen Namen, mein Haus, ich habe die Bedingungen, die du von mir erwartest, erfüllt. Und deswegen gebe ich dich nicht frei, wie du unüberlegt wünscht! Bedenkt du auch nicht, wie lächerlich ich gesellschaftlich dastehen würde, wenn du am Abend der Trauung mich wieder verließest, nachdem ich seit Wochen in meinem Bekanntheitskreis von dem Kommen meiner Verlobten und von dir gesprochen habe, nachdem ich dich vorhin auf der Promenade dem Gouverneur, dem Minister und mehreren deutschen Familien als meine Frau vorgeführt habe? Meinst du, die ganze Trauung durch Konrad Friedrichs sei eine Farce? Meinst du, ich will mich durch dich vor der ganzen europäischen Kolonie hier, vor meiner Dienerschaft lächerlich machen?“ (Solch er ungrimmig, als er sich im Stillen vorstellte, wie beschämt und schändlich Verlobtes de Conti, die sich solche Worte um ihn gegeben hätte, über das alles sprechen würde.)

